PB.I-01-601

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 600 bis 602 einfügen:
Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt ohne Kriege. Das Festhalten an der Strategie der nuklearen Abschreckung stellt besonders im Zusammenhang mit disruptiven, neuen Technologien und der Entwicklung einer multipolaren Weltordnung ein nicht mehr hinzunehmendes existenzielles Risiko dar. Nach der Aufkündigung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist

Von Zeile 604 bis 612:
Präsidentschaftswahl und das Wiederbeleben des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA über Barack Obamas „Global Zero“ ins Gespräch zu kommen. ~~Eine Welt ohne~~Wir streben ein atomwaffenfreies Europa an. Der erste Schritt wird der Abzug aller US-Atombomben aus Europa und der Abzug russischer INF und taktischer Atomwaffen ~~gibt es nur über Zwischenschritte:~~aus dem europäischen Teil Russlands innerhalb der nachsten Dekade sein. Wir Grüne setzen uns ein für internationale Initiativen zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, ~~einen~~wir fordern den Verzicht der NATO auf ~~jeden Erstschlag~~jede Erstschlags-Drohung und initiieren eine breite öffentliche Debatte über veraltete Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges. ~~Dazu gehören ein~~Wir gehen den für Deutschland ~~frei von Atomwaffen~~dringend notigen ersten Schritt: Bei einer Regierungsbeteiligung unterzeichnet und ~~ein Beitritt Deutschlands zum~~ratifiziert die Bundesregierung umgehend den VN-Atomwaffenverbotsvertrag. ~~Wir~~Auch wenn wir wissen, dass ~~dafür~~in der Folge zahlreiche Gespräche im Bündnis ~~notwendig sind, auch~~ mit unseren europäischen Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer polnischen und baltischen Bündnispartner notwendig sind, werden wir damit die nukleare Abrüstung in Deutschland und das Ende der "Nuklearen Teihabe noch in der kommenden Legislaturperiode einleiten.

Begründung

Die Bedrohung durch unbeabsichtigte, durch technische und menschliche Fehler, Missverständnisse und Fehlkalkulationen initiierte nukleare Eskalation ist so groß wie seit dem Ende des Kalten Kriegs nicht mehr. Die neuen Nuklearstrategien der USA und Russlands, die Erosion bestehender Rüstungskontrollverträge, ein schon begonnenes Wettrüsten, angetrieben durch neue Technologien wie AI, Autonomie, Hyperschallwaffen, und die Herausbildung einer multipolaren Welt haben die inhärenten Widersprüche und Dilemmata der nuklearen Abschreckung so verstärkt, dass eine weitere Hinnahme der Risiken, die mit einem Versagen der nuklearen Abschreckung verbunden sind, nicht mehr zu verantworten ist. Ein Sicherheitskonzept, dass diese technischen, strategischen, rechtlichen und moralischen Implikationen weiterhin ignoriert, weil es ungeachtet dessen auf nukleare Abschreckung setzt, ist damit selbst zu einem existenziellen Sicherheitsrisiko geworden.

Daher muss die Überwindung der nuklearen Abschreckung zu einem vordringlichen Projekt jeglicher progressiver Außen- und Sicherheitspolitik werden. Dem müssen sich alle anderen Erwägungen unterordnen. Deutschland hat in der Welt einen guten, geachteten Ruf als ein Staat, der sich traditionell für Abrüstung und Rüstungskontrolle einsetzt. Durch einen Beitritt zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag - gerade als eng und tief integriertes NATO-Mitglied - kann Deutschland dem Prozess der notwendigen Überwindung der Konzepte der nuklearen Abschreckung auf glaubwürdige Weise intensive Impulse geben. Ein Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ist eine souveräne Entscheidung, die weder grundsätzlich im Widerspruch zur NATO-Mitgliedschaft steht, noch objektiv die Interessen von Verbündeten und Partnern beeinträchtigt, sondern insbesondere gerade den Sicherheitsinteressen aller Partner und Verbündeten dient, denn ein mit Nuklearwaffen geführter, selbst ein limitierter Nuklearwaffenkrieg in Folge des Versagens der nuklearen Abschreckungsdrohung, würde auf europäischen, insbesondere osteuropäischen Territorium ausgetragen und Europa in eine unfassbare Katastrophe stürzen.

Der Grüne friendenspolitische Anspruch erzwingt geradezu in einer beabsichtigten Regierungsverantwortung solche konkreten Schritte wie die Beendigung der nuklearen Teilhabe und den Beitritt zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag zu gehen.

weitere Antragsteller*innen

Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Andreas Müller (KV Essen); Reinhard Bayer (KV Gießen); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Rüdeger Baron (KV Nürnberg-Land); Gregor Kaiser (KV Olpe); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Tabitha Elkins (KV Erlangen-Stadt); Philipp Schmagold (KV Kiel); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Hans Aust (KV Aachen); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Doris Schwarze-Franke (KV Hildesheim); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Kerstin Dehne (KV München); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Martin Pilgram (KV Starnberg); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Jutta Jankowsky-Urban (KV Herzogtum Lauenburg)